

chen, und hier ist das Saarland ein negatives Beispiel, indem wir weiter subventionieren, sondern wir müssen Hilfe zur Selbsthilfe, d. h. investive Transferleistungen erbringen, die es ermöglichen, daß ein sich selbsttragender Wirtschaftsaufschwung entsteht.

Es gibt noch ein zweites Versäumnis der Vereinigungspolitik. Das ist die „Ost-West-Schlagseite“, die von Beginn an angelegt war. Es wäre sinnvoller gewesen, daß gesamtdeutsche Reformbestrebungen, etwa zur Entbürokratisierung, zum Umbau des Sozialstaates, zur Vereinfachung des Rechtswesens oder zur Verteilung von Arbeit 1989 in Angriff genommen worden wären. Dadurch hätte in Ost- und Westdeutschland die Perspektive verstärkt werden können, daß es sich bei der Vereinigung um ein gesamtdeutsches Projekt handelt, und nicht nur um ein ostdeutsches Problem, wovon „lästigerweise“ auch Westdeutsche betroffen sind.

Jenseits dieser Schwächen der Vereinigungspolitik gibt es allerdings auch eine selektive und stark verzerrte Wahrnehmung der Vereinigungspolitik. Dieses Phänomen ist heute von Frau Schenk angesprochen, aber leider nicht beantwortet worden. Ich möchte das ergänzen. Es gibt bei fast allen Befragungen ein eklatantes Mißverhältnis zwischen der Einschätzung der subjektiven Situation und der allgemeinen Situation. Wenn Sie fragen: „Wie geht es Ihnen wirtschaftlich, hat sich Ihre Lage nach 1989 verbessert?“, antworten etwa zwei Drittel der Personen: „Ja, meine Situation hat sich wirtschaftlich verbessert“. Stellen Sie dem gleichen Personenkreis die Frage: „Wie ist die wirtschaftliche Situation allgemein?“, sagt fast ein gleich hoher Prozentsatz, daß die wirtschaftliche Situation allgemein schlechter geworden sei. Wir haben dieses Frageschema in einer Umfrage unter Frauen auch auf die Diskriminierung von Frauen bezogen. Auch hier erhielten wir das erstaunliche Ergebnis, daß 80 % der Frauen sagten, sie selbst seien als Frau nicht gesellschaftlich benachteiligt oder diskriminiert, während umgekehrt fast 90 % der Frauen meinten, Frauen allgemein seien diskriminiert und benachteiligt. Wir haben eine erstaunliche Differenz, die verdeutlicht, daß die subjektive Lage wesentlich besser ist als die Stimmung. Die Gründe hierfür können wir in der Diskussion erörtern.

Ich komme zum letzten Punkt, zum Mißbehagen an der Einheit. Dieses Mißbehagen ist weniger materiell, sondern vor allem sozialpsychologisch bedingt. Hierbei spielen zwei Aspekte eine Rolle. Der eine Aspekt besteht darin, daß die Aufarbeitung der Vergangenheit nicht präzise genug zwischen der Kritik der Herrschaftsstrukturen und der Darstellung der Lebenswelten differenziert. Auf diese Weise konnte es vor allem der PDS gelingen, jede Kritik an der Diktatur als Angriff auf die gesamte DDR-Bevölkerung umzumünzen. Indem diese falsche Gleichsetzung erfolgt, entsteht in der ostdeutschen Bevölkerung der Eindruck, sie selbst würde unter Kollaborationsverdacht gestellt und ihre persönlichen Leistungen würden nicht mehr anerkannt. Sprachliche „Gleichmacherei“, d. h. undifferenziert verwandte Begriffe sind hierbei besonders problematisch, weil sie unterschlagen, daß es beispielsweise nicht „die“ Ostdeutschen, sondern eine Pluralität von Biographien und Erfahrungswerten in

Ostdeutschland gibt. Diese liegen z.T. weiter auseinander als die Erfahrungen zwischen Ost- und Westdeutschen. Damit meine ich, daß es keine „ostdeutschen Sonderwege“ geben sollte, denn die würden nur das zementieren, was wir verhindern wollen, nämlich das Fort- bzw. Wiederaufleben einer inneren deutschen Spaltung.

Ich komme jetzt zum Schluß. Als Fazit bleibt mir die Feststellung, daß der Vereinigungsprozeß erfolgreicher abgelaufen ist, als weite Teile der öffentlichen Diskussion nahelegen. Nach Umfrageergebnissen will nur eine kleine Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung zurück in die DDR. Das will nicht einmal die Mehrzahl der PDS-Wähler.

Wir sollten nun beginnen, die gewiß nicht zu unterschätzenden Herausforderungen als gesamtdeutsche zu begreifen, und die deutsche Vereinigung auch einmal als das zu würdigen, was sie letztlich ist: die Befreiung der ostdeutschen Bevölkerung von einer Diktatur und die Wiederherstellung der deutschen Einheit in einem demokratischen und freiheitlichen Staat, der nicht mehr nach Sonderwegen trachtet, sondern in das westliche Bündnis und den europäischen Einigungsprozeß eingebettet bleibt. Dies ist viel mehr, als man nach 45 Jahren deutscher Teilung erwarten konnte und relativiert die jetzt auftretenden Probleme des Vereinigungsprozesses als vorübergehende Erscheinungen. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank Herr Schroeder. Wir haben jetzt noch eine knappe Stunde für die Diskussion. Es haben sich fast alle hier anwesenden Mitglieder der Enquete-Kommission zu Wort gemeldet. Ich möchte mir eine Vorbemerkung erlauben: Thema des heutigen Tages ist die Arbeits- und Sozialpolitik.

Ihre z.T. etwas provokanten Thesen, Herr Dr. Schroeder, sprengen diesen Rahmen, und es sind Anmerkungen von Ihnen gekommen, über die wir jetzt sehr lange und sehr heftig diskutieren könnten, die aber nicht zu diesem Thema gehören. Ich will dazu nur eines sagen, insbesondere zu den Sätzen, die Sie eingangs brachten, und die auch in Ihrem Papier nachzulesen sind. Ihrer Meinung nach hätte die Regierung Kohl die deutsche Einheit gegen den teilweise erbitterten Widerstand der westdeutschen Opposition von SPD und Grünen vollendet. Darüber hinaus steht in Ihrem Material auch die Formulierung „gegen den entsprechenden Widerstand des überwiegenden Teils der Bürgerrechtsgruppen“.

Ich habe mich immer gegen Legendenbildung gewehrt, auch von der Seite, die Sie vorhin beschrieben haben, und ich muß sagen, ich wende mich auch gegen Legendenbildung, wenn sie von einer entgegengesetzten Seite kommt. Ich will gerne beweisen, aber wir haben nicht die Zeit dazu, den Nachweis zu erbringen, daß diese Behauptungen falsch sind. Es genügt, vom Zeitpunkt des Falls der Mauer an, über den Runden Tisch, über die Debatten in der Volkskammer usw. dies alles aufmerksam zu verfolgen. Genauso muß man auch all das aufmerksam verfolgen, was im Bundestag, was von der SPD, von den Grünen und